

Zürcher Unterländer

ZRZ

Zürcher Regionalzeitungen

Amtliches Publikationsorgan

AZ · 8180 Bülach · 164. Jahrgang · Nr. 106 · Fr. 2.90 · www.zuonline.ch

Neues Bülacher Tagblatt



IN BESTEN HÄNDEN.

IHRE H.P. SCHMID AG
IN BACHENBÜLACH
www.hpschmid.ch



Aufklärung

Die Kirche will der Bevölkerung die Diakonie näherbringen.

SEITE 7

Indoor-Laser-Tag

In Dietlikon ist eine moderne Art von Räuber und Poli ein Renner.

SEITE 5

Hosenlupf

Auch Stefan und Roman Bickel schwingen in Wila am Kantonalen.

SEITEN 13 UND 16

Den Zwang abschaffen

KIRCHENSTEUER. Am 18. Mai stimmt der Kanton über die Kirchensteuerinitiative der Jungfreisinnigen ab. In der Region äussern sich Bezirksparteien, Kantonsräte und Gewerbevertreter deutlich für die Abschaffung der Zwangs-Kirchensteuer für juristische Personen.

ANDREAS FREI

Am Mittwochabend hat die SVP Bezirk Bülach die Ja-Parole zur Kirchensteuerinitiative beschlossen. SVP-Kantonsrat Claudio Schmid setzt sich schon seit Jahren für die gänzliche Trennung von Staat und Kirche ein, wie er sagt. 2003 scheiterte er mit einer Motion zur Abschaffung der Kirchensteuern für juristische Personen. «Dass konfessionslose Unternehmen so üppig besteuert werden, geht nicht», sagt der Bülacher.

100 Millionen Franken müssen die Unternehmen im Kanton

jährlich an die Kirchen zahlen. Vom Zwang ausgeschlossen sind Einzelfirmen und religiöse Unternehmen, die nicht zu einer der Landeskirchen gehören.

Staat unterstützt bereits

Gleicher Meinung wie Schmid sind andere Kantonsräte im Unterland, beispielsweise die grünliberale Kantonsrätin Barbara Schaffner aus Otelfingen. Die Religions- und Glaubensfreiheit ist für sie ein hohes Gut. «Entsprechend soll niemand, weder Privatperson noch Geschäft, gezwungen werden, finanzielle Bei-

träge an andersgläubige Institutionen zu leisten», sagt Schaffner.

Auch ohne Kirchensteuer für juristische Personen unterstütze der Staat die Kirchen schon mit 50 Millionen Franken pro Jahr aus allgemeinen Steuermitteln und übernehme mit der Steuererhebung eine wertvolle Dienstleistung. «Diese Unterstützung erachte ich als ausreichend für die Dienstleistungen der Kirchen, insbesondere im Bereich der Erhaltung von Kulturdenkmälern.»

Das oft bemühte Argument der Unterstützung von Freiwilligenarbeit zählt für Schaffner nicht. «Zahlreiche nicht-kirchliche Vereine und Institutionen leisten wertvolle Freiwilligenarbeit in den Bereichen Sport, Jugend, Seniorenbetreuung, Entwicklungszusammenarbeit, Umwelt- und Naturschutz oder Kultur, ohne oder

mit nur sehr geringer staatlicher Unterstützung.»

Sozialleistungen würden auch von Freikirchen erbracht, ohne von den Kirchensteuern der Unternehmen zu profitieren. «Oft decken die Freiwilligen sogar finanzielle Auslagen aus den eigenen Taschen», weiss die GLP-Kantonsrätin. Eine einseitige Besserstellung der anerkannten Kirchen, deren Angebote zudem kaum je ganz wertneutral seien, lehne sie deshalb ab.

Sorge um die Institution

Auch Unterländer Gewerbevertreter und Kirchenkenner äussern sich für die Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen. Richard Lutz von der Neeracher FDP war Präsident der Rechnungsprüfungskommission der reformierten Kirche.

«Dort habe ich viel Gutes und leider auch weniger Gutes gesehen», sagt Lutz.

Lutz betont, dass er kein Kirchengegner ist. «Ich bin aber über die offensichtliche Ideenlosigkeit besorgt, mit der die Kirche der negativen Entwicklung begegnet. Ich bin besorgt um eine Institution, die ihren Platz hätte, diesen aber wiederfinden muss», sagt Lutz, der im Gewerbeverein Niederglatt und Umgebung Vorstandsmitglied ist. Ein Ja am 18. Mai wäre für ihn auch eine Chance für eine Reform der Kirchen.

Dieses Argument wird von den Unterländer Nachbarn indirekt gestützt: In den benachbarten Kantonen Aargau oder Schaffhausen gibt es die Kirchensteuerpflicht für Unternehmen nicht. Trotzdem funktionieren dort die Landeskirchen. **Seite 3**

Protest gegen Hundeflüsterer

ZÜRICH. Im Hallenstadion soll im Herbst Cesar Millan auftreten, der Hundeflüsterer aus Hollywood. Tierschützer und Hundexperten – wie etwa Bettina Stemmler aus Nürensdorf – lancieren heute eine Initiative gegen die umstrittene Show. Millan steht in der Kritik, weil er schwierige Hunde schlägt oder ihnen Stromstösse versetzt. Das Zürcher Veterinäramt prüft derzeit, ob die Show gegen Schweizer Tierschutzgesetze verstösst. (dst) **Seite 15**

Staatskrippen in Frage gestellt

KINDERKRIPPEN. In Bülach verlangt SVP-Gemeinderat Michael Graf, dass die Leitung der städtischen Kinderkrippen an Private abgetreten wird. «Zu teuer, zu ineffizient und letztlich nicht Aufgabe einer Stadt», begründet Graf. Bassersdorf hat seine «Staatskrippe» 2008 gekippt – und bereut den Entscheid nicht. (fo) **Seite 4**

Kampf ums Präsidium

NÜRENSDORF. Der neue Gemeindepräsident von Nürensdorf wird im zweiten Wahlgang vom 18. Mai erkoren. Der offizielle SVP-Kandidat, Christof Bösel, wird dabei auch von der FDP unterstützt. Sein Herausforderer, Urs Buchegger, ist zwar parteilos, hatte aber im ersten Wahlgang überrascht. **Seite 4**

Klarer Sieger

PRETORIA. Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) mit Präsident Zuma an der Spitze hat die Wahl in Südafrika gewonnen. Nach Auszählung der Stimmen in 67 Prozent der Wahlbezirke lag der ANC gestern mit 62,8 Prozent vorne. Demnach wird die Partei von Nationalheld Mandela weiter regieren. (sda) **Seite 19**



VON DER UKRAINE INS FURTTAL

Er ist 20 Jahre jung, halbprofessioneller Tennisspieler, Sportstudent und stammt aus der Millionenstadt Charkow im Osten der Ukraine: Evgeniy Akhmadeev. Seit einer Woche verstärkt er das Nationalliga-C-Team des TC Otelfit. In seiner krisengeschüttelten Heimat hat er Aufwühlendes erlebt. Bild: Balz Murer **Seite 2**

Kreditinstitute sollen sich selber regulieren

BERN. Um insbesondere die Jungen vor Verschuldung zu schützen, beschliesst der Nationalrat einige Verschärfungen im Konsumkreditgesetz: Aggressive Werbung für Kleinkredite soll verboten werden, und die Kreditfähigkeitsprüfung soll ausgebaut werden. Dabei setzt die grosse

Kammer allerdings auf Selbstregulierung: Die Kredit-Branche soll selbst definieren, welche Werbung als aggressiv gilt und somit verboten werden soll. Sie erarbeiten eine Konvention, bei dessen Nichteinhalten Bussen drohen.

Für das Gesetz sprachen sich CVP, BDP, GLP, SP und Grüne

aus, SVP und FDP wollen nicht darauf eintreten. Eine Regulierung befürwortet auch Justizministerin Simonetta Sommaruga. Die Gesellschaft zahle bei Überschuldung nicht nur die sozialen Kosten, sondern auch die finanziellen, gab sie zu bedenken. Wer überschuldet sei, zahle nämlich

als Erstes die Krankenkassen und die Steuern nicht mehr. Während für die Mitte die Vorlage eine liberale Lösung ist, ist sie für die Linke nur ein Teilerfolg: Ursprünglich war ein Gesamtwerbungsverbot geplant. Die Vorlage muss nun noch in den Ständerat. (sig) **Seite 17**

ANZEIGE



ADUS KLINIK Dielsdorf
Mein Spital
044 854 64 90 www.adus-klinik.ch

ANZEIGE

Riedmatt
CENTER RÜMLANG

Alles wird neu...

Mehr erfahren:
riedmattcenter.ch

Unterland Wetter heute

11° 19°
Veränderlicher Freitag

